Antrag 126/I/2024 **KDV Mitte** Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mehrwertsteuersätze anpassen

- Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer sozial-
- demokratischen Vision. Als SPD setzen wir uns für eine ge-
- rechte Verteilung von Wohlstand, Chancengleichheit und
- 4 sozialen Schutz für alle Bürger*innen ein. Angesichts der
- wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor de-
- 6 nen unser Land steht, sehen wir die Notwendigkeit, die
- 7 Mehrwertsteuersätze anzupassen, beziehungsweise neu
- 8 zu regeln:

9 10

11

12

13 14

15

16

17

18 19

20

21

22

23 24

25

26

27

28

29

30

31

32

33 34

35

- 1. Der Mehrwertsteuersatz auf Trinkwasser, Obst, Gemüse, Nüsse, Getreide, Hülsenfrüchte, Knollen, Wurzeln, Müllereierzeugnisse, Tee, Kaffee, Gewürze, Backwaren, Hygieneartikel und Arzneimittel ist auf 0% zu setzen. Diese Warengruppe für Produkte des lebensnotwendigen, unmittelbaren Bedarfs ist eindeutig festzulegen.
- 2. Entsprechend der aktuellen Lebensrealitäten ist die Liste der Waren und Dienstleistungen mit einer Besteuerung von 7% für die Bedarfe des täglichen Lebens und der Mehrwertsteuersatz von 19% für Konsumprodukte neu zu ordnen und anzupassen.
- 3. Um unter anderem auch Steuerausfälle zu kompensieren, sind Produkte und Dienstleistungen zu definieren, die eindeutig zu zusätzlichen und sogenannten "Luxusbedarfen" zu zählen sind. Es gilt hier ebenfalls, ein besonderes Augenmerk auf gesundheits- und klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen zu legen. Hier ist ein Mehrwertsteuersatz von 21 % einzuführen.
- 4. Mit einer progressiven Steuerpolitik in Bezug zu Vermögen und Einkommen, die dem Anspruch einer echten Umverteilung folgt, somit ebenfalls dem Ziel einer deutlichen Anhebung des Höchststeuersatzes folgt und Freibeträge nach oben anpasst, kann eine über Konsumgüter regulierte Mehrwertsteuer in der Perspektive entfallen.

36 37 38

39

40

41

42

Begründung

In Deutschland geht die Einkommens- und Vermögensschere immer weiter auseinander. In den letzten Jahren sind die Löhne nominal kaum gestiegen, unter Berücksichtigung der Preissteigerungen sind sie sogar gesunken. 43 Parallel dazu hat sich die Einkommensverteilung stark 44 45 zugunsten von Kapitaleinkünften verschoben. Internationale Preisentwicklungen, Wechselkursveränderungen des Euro zum US-Dollar, hohe Weltmarktpreise für Energie

LPT I-2024: Vertagung auf LPT II/2024

und Rohstoffe, Lieferengpässe und nicht zuletzt geopo-48 litische Ereignisse wie der russische Angriffskrieg gegen 49 die Ukraine haben zu einer Inflationsrate geführt, die für 50 Menschen bis tief in die Mittelschicht existenziell bedroh-51 lich ist. Diese Entwicklung wird begleitet von einer immer 52 stärker wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung. 53 Dadurch ist ein reichhaltiger Nährboden für populistische 54 55 und extremistische Rhetorik entstanden, dem sich antidemokratische Parteien wie die AfD geschickt bedienen. 56 57 Ein vergleichsweise kostengünstiger, schneller und sichtbarer Hebel, um diesen Herausforderungen zu begeg-58 nen, ist die Regulierung durch einen Nullsteuersatz auf 59 Grundnahrungsmittel und Arznei und einem Verbrauchs-60 61 höchststeuersatz von 21% für Luxusgüter. Es ist im Interesse des Gemeinwohls, dass der Staat bei Mitteln der 62 Basisversorgung eine ausgewogene und kontextualisier-63 te Besteuerung sicherstellt. Die Bundesregierung muss 64 65 die Möglichkeit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0%, die es seit 2022 für alle 66 67 EU-Mitgliedsstaaten gibt, voll ausschöpfen. Dadurch werden Verbraucher*innen unmittelbar finanziell entlastet. 68 69 Da die Mehrwertsteuer eine regressive Steuer ist, profitie-70 ren Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen pro-71 portional stärker als diejenigen mit hohen Einkommen. Insbesondere werden so Menschen kurz über der Armuts-72 73 schwelle erreicht, die mit Sozialleistungen nicht adressierbar sind. Laut seriöser Umfragen gibt es hierzu bereits ei-74 75 ne breite Mehrheit und hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ist klug, daran anzuknüpfen und laut zu signa-76 77 lisieren, dass die SPD bereit ist, proaktive Schritte zur Unterstützung der Bürger*innen zu unternehmen.